



Emissionshandel - Hendricks begrüßt frühen Kompromiss zur Reform des Emissionshandels

Emissionshandel - Hendricks begrüßt frühen Kompromiss zur Reform des Emissionshandels
Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat gestern ein Mandat für den Trilog zur Marktstabilitätsreserve mit Rat und Kommission erteilt. Dazu erklärt Bundesumweltministerin Barbara Hendricks: "Im Europäischen Parlament wurden die Weichen gestellt, um die dringend benötigte Reform des Europäischen Emissionshandels rasch zu verabschieden. Der erzielte Kompromiss greift unsere Kernforderung auf, die Überschüsse im Emissionshandel schnell abzubauen. Insbesondere sollen auch die sogenannten "Backloading"-Mengen (900 Millionen Zertifikate) unmittelbar in die Marktstabilitätsreserve überführt werden. Das ist ein großer Erfolg. Ich bin zuversichtlich, dass wir im Europäischen Rat zügig auf die Vorlage des Parlaments reagieren und eine rasche und anspruchsvolle Reform des Emissionshandels ermöglichen." Hintergrund
Die derzeitigen Überschüsse von über 2 Mrd. Berechtigungen im EU-Emissionshandel beeinträchtigen seine Anreizwirkung und gefährden damit die Energiewende und die kosteneffiziente Erreichung der nationalen und europäischen Klimaschutzziele. Das sogenannte Backloading von Auktionsmengen war nur ein erster Schritt, um Zeit für eine strukturelle Reform zu gewinnen. Am 23./24.10.2014 hat der Europäische Rat eine solche im Rahmen der Eckpunkte zum Klima- und Energiepaket 2030 im Grundsatz beschlossen: Es soll eine Marktstabilitätsreserve (MSR) eingeführt werden, die regelbasiert das jährliche Auktionsbudget im Emissionshandel steuert: Bei erheblichen Überschüssen werden die Auktionsmengen gekürzt und in die Reserve eingestellt. Bei starker Knappheit können umgekehrt zusätzliche Mengen aus der Reserve versteigert werden. Die Bundesregierung setzt sich auf Betreiben des BMUB dafür ein, die von der Kommission vorgeschlagene Marktstabilitätsreserve bereits in 2017 einzuführen sowie die im Rahmen des Backloading zurückgehaltenen Versteigerungsmengen direkt und vollständig in die Reserve zu überführen (also dem Markt zu entziehen). So wird die Anreizwirkung des Emissionshandels schnell wiederhergestellt und das Instrument auch für die Zukunft besser aufgestellt. Die Verhandlungen befinden sich derzeit in der entscheidenden Phase. Der federführende ENVI-Ausschuss hat am 24. Februar ein frühes Mandat für den Trilog zwischen Parlament, Rat und Kommission erteilt. Nun liegt es am Rat, rasch eine anspruchsvolle Position zu beziehen. Derzeit gibt es dort noch keine völlig klaren Mehrheiten. Gelingt eine rasche Positionierung des Rates, könnte der Trilog noch im März starten. Ein Abschluss des Verfahrens wäre so im späten Frühjahr möglich.
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: presse@bmub.bund.de


Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.